



Amtliche Bekanntmachungen  
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg  
32/2024 (9. September 2024)

---

## Richtlinie der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zur Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt

vom 9. September 2024

Aufgrund der §§ 4 IV, IX, 4a, 8 V, 19 I 2 Nr. 10 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 43), hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 18.07.2024 folgende Satzung beschlossen.

### Präambel

Die Hochschule ist zur Achtung des verfassungsrechtlich garantierten Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung verpflichtet. Es ist ihre Aufgabe, ihre Hochschulangehörigen vor dahingehenden Eingriffen zu schützen. Um einen umfassenden Schutz gegen jede Form sexualisierter Gewalt zu gewährleisten, wurden entsprechende Anlauf- und Verantwortlichkeitsstellen geschaffen, die sowohl Präventivmaßnahmen erarbeiten und implementieren als auch Beratung anbieten, sofern dies die Betroffenen wünschen.

Die fachliche Diskussion zu Fragen sexualisierter Grenzverletzungen hat eine große Dynamik. Allein die Begrifflichkeit weist wichtige Veränderungen auf. Der Begriff „sexuelle Belästigung“ wird daher in dieser Richtlinie nicht verwendet, sondern durch den Begriff „sexualisierte Gewalt“ ersetzt.

### § 1 Grundsätze

- (1) Alle Mitglieder der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, insbesondere solche mit Leitungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsaufgaben in Lehre und Forschung, Verwaltung und Selbstverwaltung, sind in ihrem Aufgabenbereich dafür verantwortlich, dass jede Form von sexualisierter Gewalt behandelt wird, auch wenn (noch) kein Straftatbestand vorliegt. Sie sind sich bewusst, dass ihr Verhalten insofern von zusätzlicher Bedeutung ist, als ihr Verhalten ein Modell für Betroffene ist, wie bezüglich sexualisierter Grenzüberschreitungen in einer Organisation gehandelt werden soll.
- (2) Besonders schwerwiegend können Fälle sein, die unter Ausnutzung von Abhängigkeiten im Studium oder am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, eventuell mit einer versteckten wie offenen Androhung persönlicher, studienbezogener oder beruflicher Nachteile bzw. unter Zusage von Vorteilen erfolgen.
- (3) Je nach Fallkonstellation kann die Zuhilfenahme externer Fachberatungsstellen und weiterer Behörden erforderlich sein.

### § 2 Anwendungsbereich

Der Schutz vor sexualisierter Gewalt umfasst alle Personen, die sich - auch kurzfristig - im Zuständigkeitsbereich der Hochschule befinden. Sofern Beteiligte an sexualisierten Grenzverletzungen einen Bezug zur Hochschule haben, gilt die Hilfe und Unterstützung durch die Hochschule für Betroffene bei sexualisierter Gewalt auch hinsichtlich Printmedien, sozialer Medien und sonstigen Kommunikationsplattformen im Internet.

### § 3 Definition und Konfliktfall

- (1) Für die Definition soll § 3 Abs. 4 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes als Ausgangspunkt dienen. Sexualisierte Gewalt bezeichnet Handlungen, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht des Menschen verletzen. Sexualisierte Gewalt sind alle Handlungen, in denen eine Täter-Opfer-Situation entsteht, persönliche Grenzen nicht geachtet und durch sexualisiertes Agieren verletzt werden. Hier gilt: „**Ein Nein ist ein Nein!**“

Sexualisierte Gewalt liegt vor, wenn ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornographischen Darstellungen gehören, bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird, insbesondere wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.

Sexualisierte Gewalt wird nicht nur in Form körperlicher Gewalt wie bei einer Vergewaltigung ausgeübt. Sie äußert sich vielfältig, zum Beispiel in Form von:

- sexuellen Anspielungen, obszönen Worten oder Gesten
- aufdringlichen und unangenehmen Blicken
- Briefen oder elektronischen Nachrichten mit sexuellem Inhalt
- dem unerwünschten Herstellen, Zeigen oder Zusenden von Bildern oder Videos mit Inhalten, die sexualisiert Grenzen verletzen
- sexualisierten Berührungen
- sexualisiertem Sprechen über Dritte zum Beispiel in den sozialen Netzwerken

Von sexualisierter Gewalt wird auch dann gesprochen, wenn Autorität, Macht oder Vertrauen gegenüber strukturell abhängigen Mitgliedern der Hochschule genutzt wird, um Situationen herzustellen, in denen sexuell agiert wird.

- (2) Ein Konfliktfall im Sinne dieser Richtlinie liegt in der Regel vor, wenn Tatsachen vorgetragen werden, die mindestens den konkreten Verdacht begründen, dass ein Verstoß gegen die sexuelle Selbstbestimmung vorliegt.

- (3) Ein Konfliktfall im Sinne dieser Richtlinie liegt insbesondere auch dann vor, wenn Tatsachen vorgetragen werden, die mindestens den konkreten Verdacht begründen, dass ein Verdacht auf sexualisierte Gewalt im Sinne des § 3 Abs. 4 AGG besteht.
- (4) Für einen Konfliktfall ist unbeachtlich, ob das behauptete Fehlverhalten in der Vergangenheit liegt oder zukünftig unmittelbar bevorsteht.
- (5) Auf ein Verschulden kommt es nicht an.

#### § 4 Prävention

Die Hochschule hat nicht nur das Recht, gegen ihr bekannte Formen sexualisierter Gewalt vorzugehen, sie ist auch der Prävention verpflichtet und ergreift vorbeugende Maßnahmen, beispielsweise /etwa durch

1. Bekanntgabe dieser Richtlinie
2. Ernennen, Schulung und Ausstattung zweier Beauftragter zu Fragen sexualisierter Grenzverletzungen. Von diesen ist eine weiblich und eine männlich oder divers. Die Beauftragten der Stelle sind weisungsungebunden. Sie sind nicht zugleich Gleichstellungsbeauftragte oder Antidiskriminierungsbeauftragte
3. Kooperation mit einer externen Ombudsstelle, die mit einer in Fragen sexualisierten Gewalt qualifizierten Person besetzt wird
4. Informationsveranstaltungen für Mitarbeitende und Studierende, z.B. auch in Seminaren
5. Bekanntmachen von Informationsmöglichkeiten und -angeboten
6. Vernetzung mit Fachberatungsstellen der Stadt und des Landkreises Ludwigsburg
7. Ergreifung von Maßnahmen, um in den Gebäuden und Anlagen der Hochschule Gefahrenquellen und Angsträume zu beseitigen
8. Bei Neueinstellungen/Auswahlverfahren die Haltung der Hochschule zur Fragen sexualisierter Grenzverletzungen ansprechen
9. Vorlage eines polizeilichen Führungszeugnisses bei Einstellung bzw. eines erweiterten Führungszeugnisses soweit Schulen und Einrichtungen dies bei Kooperationen und Praktika verlangen
10. Entwicklung einer Handreichung und eines Schutzkonzeptes

#### § 5 Beschwerde bei sexualisierter Gewalt

Eine Person, die sich nach § 3 belästigt fühlt, kann

- a) in einem Verfahren nach § 6 persönlich oder durch einen von ihr Bevollmächtigten Beratung in Anspruch nehmen. Ohne Einverständnis der Betroffenen dürfen Informationen über persönliche und sachliche Verhältnisse nicht an Dritte weitergegeben oder verwendet werden.
- b) ein Verfahren nach § 7 einleiten.

#### § 6 Unterstützung und Beratung in einem nicht förmlichen Verfahren

- (1) Die von sexualisierter Gewalt i.S. von § 3 betroffenen Personen können sich an die vom Senat hierfür bestellten Senatsbeauftragten (§ 4 LHG) oder an die externe Ombudsperson wenden.

Weiterhin stehen den Betroffenen u.a. folgende Anlaufstellen innerhalb der PH-Ludwigsburg zur Verfügung:

- Gleichstellungsbeauftragte
  - Personalrat
  - Studierendenvertretung (z.B. AStA)
  - Vorgesetzte
  - Hochschuleseelsorger\*in
- (2) Studierende und Mitarbeitende haben auch die Möglichkeit, sich an ein Hochschulmitglied ihrer Wahl zu wenden. Diese persönlichen Vertrauenspersonen können die Senatsbeauftragten unterstützend hinzuziehen und sich von diesen beraten lassen.
  - (3) Alle Beratungsgespräche sind vertraulich zu behandeln und unterliegen dem Datenschutz mit Ausnahme von Fällen drohender Verletzungen Dritter.
  - (4) Grundsätzlich kann sich eine betroffene Person auch durch ein Hochschulmitglied ihres Vertrauens, einen Juristen oder ein Mitglied einer Fachberatungsstelle vertreten lassen.
  - (5) Die Aufgabe der Vertrauenspersonen nach § 6 Abs. 1 ist, die betroffene Person bei der Wahrnehmung ihrer Belange sowie ihrer Schutz- und Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen und zu beraten.
  - (6) Sie begleiten diese auf Wunsch auf dem Weg zu einer förmlichen Beschwerde nach § 7. Hierzu kann es auch gehören, das mündlich vorgetragene Beschwerdeanliegen des Betroffenen zur Einreichung an die Beschwerdestelle schriftlich zu formulieren.

#### § 7 Weitere Verfahren bei sexualisierter Gewalt nach § 3

- (1) Von sexualisierter Gewalt nach § 3 betroffene Personen, können sich
  - für das wissenschaftliche Personal nach LHG § 44 an die Rektorin oder der Rektor
  - für das nichtwissenschaftliche Personal an die Kanzlerin oder den Kanzler
  - für Studierende an die Dekane und Dekaninnen
 als Stellen für Beschwerden wenden.
- (2) Hierbei können sich Betroffenen unterstützen lassen durch ein Hochschulmitglied ihres Vertrauens, eine Juristin bzw. einen Juristen oder ein Mitglied einer Fachberatungsstelle.

- (3) Die Beschwerde ist schriftlich zu erheben oder mündlich zu Protokoll zu geben. Die Beschwerdestelle hat die mündliche Beschwerde schriftlich aufzunehmen und verfasst über den Inhalt des Gesprächs ein Kurzprotokoll.
- (4) Die Beschwerde muss die Ereignisse beschreiben. In der Beschwerde soll auch festgehalten werden, welche anderen Personen bereits über die Vorfälle informiert wurden und ob bereits Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Niederschrift wird der beschwerdeführenden Person zum Ende des Gesprächs zur Durchsicht und anschließenden Unterschrift vorgelegt.
- (5) Die Beschwerdestellen können die Möglichkeiten anonymer Fachberatung außerhalb der Hochschule im Rahmen der Beschwerdeprüfung nutzen.
- (6) Die Hochschule trifft nach Klärung des Falles ggf. geeignete Maßnahmen nach § 8 (siehe unten Verfahrensregelung). Das Verfahren und die Entscheidung werden dokumentiert.

### **§ 8 Maßnahmen und Sanktionen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg**

Die zu ergreifenden Maßnahmen und Sanktionen sollen deutlich machen, dass die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg sexualisierte Gewalt nicht duldet.

Maßnahmen und Sanktionen hängen jeweils von den einschlägigen dienst-, arbeits- oder hochschulrechtlichen Regelungen ab. Grundsätzlich gilt es bei den jeweiligen Verfahren zu berücksichtigen, dass eine direkte Konfrontation von Opfer und Täter, Beschuldigten und Beschuldigtem zum Beispiel bei Gesprächen nicht den fachlichen Standards entspricht, da es die von sexualisierter Gewalt Betroffenen möglicherweise belastet oder schädigt. Die Hochschule soll je nach den Bedingungen und der Schwere des Einzelfalles und unter Wahrung des Schutzbedürfnisses und berechtigter Wünsche nach Anonymität der Betroffenen folgende, nicht abschließend dargestellte Maßnahmen erwägen:

1. Maßnahmen mit arbeits- oder dienstrechtlichen Konsequenzen für Mitarbeitende, wie z.B.
  - die Durchführung eines Personalgesprächs / Mitarbeitendengesprächs
  - Ermahnung
  - Abmahnung
  - Umsetzung der beschuldigten Person an einen anderen Arbeitsplatz innerhalb der Hochschule,
  - Einleiten eines Disziplinarverfahrens gemäß Landesdisziplinargesetz (LDG)
  - verhaltensbedingte Kündigung
2. Maßnahmen mit Konsequenzen für Studierende, wie z.B.
  - Führen eines grenzweisenden Gesprächs
  - Verpflichtung zu einer schriftlichen Auseinandersetzung mit Fragen sexualisierter Gewalt wie z.B. in Form einer Hausarbeit
  - schriftliche Ermahnung
  - Ausschluss von Hochschulveranstaltungen
  - Ausschluss von der Nutzung von Einrichtungen der PH Ludwigsburg
  - Hausverbot
  - Exmatrikulation gemäß § 62 Abs. 3 LHG
3. Strafanzeige durch das Rektorat oder durch die Betroffenen

### **§ 9 Ungerechtfertigte Nutzung des Beschwerderechts**

Angehörige der Hochschule, die andere - sei es wider besseres Wissen oder aus unlauterer Absicht – ungerechtfertigt der sexualisierten Gewalt beschuldigen, werden belangt. Interne Maßnahmen und Sanktionen bleiben vorbehalten.

Sollte sich ein Verdacht als nachweisbar falsch erweisen, gehört es zur Aufgabe der Einrichtung, sich für die Rehabilitation des/der Beschuldigten in Absprache mit dieser bzw. diesem einzusetzen.

Soweit sich eine Beschuldigung als unberechtigt erweist, ist dafür Sorge zu tragen, dass der beschuldigten Person keine weiteren Nachteile entstehen.

Rehabilitation ist die Wiederherstellung einer Vertrauensbasis unter den Mitarbeitenden und der Arbeitsfähigkeit der Betroffenen. Zuständig ist die personalführende Hochschulstelle.

### **§ 10 Schlussbestimmungen**

Diese Richtlinie wird hochschulöffentlich, insbesondere unter einem leicht zugänglichen Menüpunkt auf der Website der Hochschule bekannt gemacht. Ergänzend zu dieser Richtlinie wird eine Handreichung und ein Schutzkonzept erstellt.

### **§ 11 Inkrafttreten**

Diese Richtlinie tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie „Umgang mit sexueller Belästigung – Richtlinien zur Prävention und Intervention“ vom 18. Februar 2014 außer Kraft.

Ludwigsburg, 9. September 2024

Prof. Dr. Jörg-U. Keßler  
Rektor